

Einschätzungen israelischer Linker zu den Geschehnissen seit dem 7. Oktober 2023, ihren Ursachen und Perspektiven

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Es dürfte von Interesse sein, wie linke, antizionistische Israelis die Ereignisse nach dem Ausbruch von Hamas- und anderen palästinensischen Kämpfern aus dem Freiluftgefängnis Gaza, den Kämpfen und Massakern im Süden Israels (d.h. den 1948 besetzten Gebieten) und dem aktuellen Vernichtungsfeldzug der Netanjahu-Gantz & Kameraden-Regierung in Gaza, in der West Bank und in Jerusalem sehen.

Dazu haben wir im Folgenden vier Interviews übersetzt.

Das erste dieser beiden Interviews wurde von der linken italienischen Tageszeitung „*il manifesto*“ mit **Orly Noy** geführt. Die 53jährige Literatur-Übersetzerin aus dem Farsi und Journalistin der linksalternativen, binationalen Online-Medien „*Local Call*“ und „*+972 Magazine*“ ist Vorstandsmitglied der 1989 gegründeten Menschenrechtsorganisation B'Tselem sowie Aktivistin der 1995 entstandenen linkssozialdemokratischen und arabisch-nationalistischen israelischen Balad-Partei.

Balad war bei den vier Knesset-Wahlen von 2019 bis 2021 mit der israelischen Kommunistischen Partei und arabisch-israelischen Parteien in der United Arab List bzw. Joint List vereint und im israelischen Parlament mit ein bis drei Abgeordneten vertreten. Bei der Wahl 2023 trat Balad allein an und scheiterte mit 2,9% der Stimmen (gut 138.000 Wähler) an der 3,25%-Hürde.

(siehe: [https://en.m.wikipedia.org/wiki/Balad_\(political_party\)](https://en.m.wikipedia.org/wiki/Balad_(political_party))
<https://de.m.wikipedia.org/wiki/B%E2%80%99Tselem>)

Das zweite Interview führte das französische Online-Magazin „*Mediapart*“ mit dem 74jährigen, in Straßburg geborenen, revolutionären Sozialisten und Friedensaktivisten **Michel „Mikado“ Warschawski**. Er lebt in Jerusalem, ist mit der bekannten Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin Lea Tsemel verheiratet und war Mitbegründer des am Weltsozialforum beteiligten Alternativ Information Center (AIC).

Michel Warschawskis Texte erschienen weltweit in zahlreichen linken Medien. Parteipolitisch gehörte er zu den führenden Mitgliedern der 1962 aus einer Linksabspaltung von der israelischen KP hervorgegangenen Partei Matzpen („Kompass“) und nach deren Spaltung in drei verschiedene Fraktionen Anfang der 1970er Jahre zur trotzkistischen Revolutionär-Kommunistischen Liga. 1987 wurde Michel Warschawski wegen Unterstützung der marxistischen Volksfront für die

Befreiung Palästinas (PFLP) verhaftet und 1989 zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt.

(siehe u.a.: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Michel_Warschawski
[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Matzpen_\(Organisation\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Matzpen_(Organisation))
<https://matzpen.org/english/about-matzpen/>)

Da wir nicht über einen direkten Zugriff auf die vollen "Mediapart"-Beiträge verfügen, haben wir das Interview mit Michel Warschawski von der von AssoPacePalestina angefertigten italienischen Übersetzung ins Deutsche transferiert, die u.a. auf der Website der Sinistra Anticapitalista (Antikapitalistische Linke) erschienen ist.

Mit solidarischen Grüßen,

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

"il manifesto" 26. Oktober 2023

***"Drohungen und Verhaftungen gegen diejenigen, die von Frieden sprechen.
Der Diskurs der Linken ist auf Eis gelegt."***

Interview mit der Journalistin Orly Noy

Michele Giorgio

Einschüchterungen, Drohungen und sogar Verhaftungen. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden insgesamt 110 Personen, zumeist Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft, unter dem Vorwurf der Verteidigung der Hamas verhaftet. In Wirklichkeit — so prangern Menschenrechtsaktivisten an — drohen bei jeder Äußerung, die sich gegen die offizielle Position richtet, schwere Strafen. Und die Repressionsmaßnahmen betreffen auch jüdische Bürger. Darüber sprachen wir mit der Journalistin des Magazins „+972“, Orly Noi, einer bekannten Verfechterin der Rechte von Palästinensern und der sephardischen Juden in Israel.

Wie gravierend ist das Klima für diejenigen, die nach dem Hamas-Angriff und der anhaltenden Bombardierung des Gazastreifens eine andere Sichtweise bezüglich der Motive und Wurzeln des Konflikts vertreten?

„Wirklich gravierend. Aus zwei Gründen: Der erste betrifft den Schock, weil dies ein kleines Land ist, in dem jeder jeden ein wenig kennt. Es ist leicht, Bekannte oder gar Verwandte unter den am 7. Oktober Getöteten, Verwundeten oder Entführten zu haben. Der zweite Aspekt betrifft die Möglichkeit, über bestimmte Themen zu

sprechen. Selbst in so genannten normalen Zeiten interessiert die Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Palästinenser die Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit nicht. Nach dem furchtbaren Massaker der Hamas ist dieser Diskurs völlig in den Hintergrund getreten. Es ist nur noch von Rache die Rede, von der Beseitigung der Hamas, von der Einebnung des Gazastreifens. Der Diskurs über den Respekt vor dem Leben, vor jedem Leben, vor den Menschenrechten wird abgelehnt. Die Linke und die Verteidiger der Menschenrechte befinden sich in einer äußerst heiklen Situation. Jüdische Aktivisten erhalten ständig Drohbotschaften voller Hass. Unsere palästinensischen Partner haben Angst. Sie posten in den sozialen Medien nichts mehr. Nicht einmal die harmlosesten und allgemeinsten Dinge — aus Angst, unter schweren Anschuldigungen verhaftet zu werden.“

Es gibt Berichte über Strafmaßnahmen an Universitäten und Schulen...

„Palästinenser (mit israelischer Staatsbürgerschaft) sind die Hauptopfer. Ich weiß von Dutzenden Studenten, die wegen Kommentaren in sozialen Medien von den Universitäten suspendiert wurden. Aber es mangelt nicht an Fällen, in denen jüdische Aktivisten in gleicher Weise betroffen sind. Ein enger Freund, der Lehrer an einer High School ist, wurde entlassen, weil er sich entschlossen hatte, die von Israel begangenen Verbrechen weiterhin anzusprechen und zu erklären.“

Was erwarten Sie in den kommenden Wochen?

„Es ist nicht möglich, Vorhersagen zu treffen. Wenn Israel, wie es scheint, mit der Bodeninvasion in Gaza fortfährt, wird die Zahl der palästinensischen Opfer weiter ansteigen. Auch unter den israelischen Militärs wird es Opfer geben. Israel hat das Ziel des Krieges nicht geklärt. Die Zerstörung der Hamas, von der die Regierung und die militärischen Befehlshaber sprechen, ist ein vages Ziel, und Vertreter der extremistischen, faschistischen israelischen Parteien phantasieren von der ethnischen Säuberung des Gazastreifens. Geheimdienstministerin Gila Gamliel schlug die Umsiedlung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens in die (ägyptische) Wüste vor. Die ehemaligen israelischen Siedler, die im Gazastreifen lebten (vor der 2005 vom ehemaligen Premierminister Sharon angeordneten Räumung der jüdischen Siedlungen, Anm. d. Red.), wollen den Wiederaufbau der in der Vergangenheit zerstörten Siedlungen vor. Und vergessen wir nicht die Situation im Westjordanland, die wegen der Schwere der Geschehnisse in Gaza derzeit nicht im Blickpunkt steht. Im Westjordanland finden bereits ethnische Säuberungsaktionen statt. Ganze palästinensische Gemeinschaften sind wegen der Gewalt der Siedler aus ihren Häusern geflohen. Es ist also schwierig, sich die Zukunft vorzustellen.“

Einige sind der Meinung, dass ein Großteil der Arbeit, die geleistet wurde, um eine andere Darstellung der Gründe für das israelisch-palästinensische Problem zu verbreiten, verloren gegangen ist. Stimmen Sie dem zu?

„Teilweise. Die Rückschritte, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind

offensichtlich. Leute, die sich bis vor wenigen Wochen noch als Teil des so genannten Friedenslagers in Israel bezeichneten, sprechen jetzt offen davon, den Gazastreifen unerbittlich anzugreifen. Zugleich ist dies ein entscheidender Moment. Danach könnten sich Gelegenheiten ergeben, die denjenigen, die heute nach Rache schreien, klarzumachen, dass dieser Konflikt auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit und nicht mit Gewalt gelöst werden muss, so wie es seit Jahrzehnten geschehen ist. Aus der Dunkelheit könnte eine Möglichkeit auftauchen.“

(Übersetzung aus dem Italienischen: Gewerkschaftsforum Hannover)

„Mediapart“ 28. Oktober 2023 (12:40)
(bzw. auf "<https://anticapitalista.org>" am 3. November 2023)

Michel Warschawski: "Wir haben die Grenze zum Kriegsverbrechen in Gaza überschritten."

Für den israelischen Schriftsteller und Journalisten Michel Warschawski ist Israel dabei, im Gazastreifen *"ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit"* zu begehen. Er prangert auch die Mittelmäßigkeit der politischen Debatte in Frankreich an.

Rachida El Azzouzi

In einem Interview mit "Mediapart" prangert der Schriftsteller und Journalist Michel Warschawski, eine führende Persönlichkeit der israelischen Friedensbewegung und der Linken, der sich gegen Besatzung und Kolonisierung engagiert, das "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an, das der jüdische Staat an der Zivilbevölkerung in Gaza begeht.

"Mediapart": Seit dem 7. Oktober bombardiert Israel als Reaktion auf die Massaker der Hamas auf seinem Territorium wahllos den Gazastreifen, wobei Tausende von Zivilisten getötet und verletzt wurden. Diese Bombennacht war eine der intensivsten in der palästinensischen Enklave, die durch den jüdischen Staat von der Welt (d.h. von Internet und Telekommunikation) abgeschnitten ist. Wie würden Sie diese Gewalt beschreiben?

Michel Warschawski: "Wir haben es nicht nur mit Kriegsverbrechen, sondern mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza zu tun. Der Internationale Strafgerichtshof muss sich damit befassen. Die Bevölkerung von Gaza zahlt wieder einmal einen sehr hohen Preis, aber dieses Gemetzel und die Tausenden von Toten in Gaza haben die israelische Öffentlichkeit nicht beruhigt, die sich sehr bedroht fühlt."

Ich bin sehr besorgt über den Wahnsinn unserer rechtsextremen Regierung, auf die der internationale Druck und das Gerede von einer Beruhigung der Lage wenig Einfluss haben. Wir haben es mit Extremisten zu tun, die nicht nur Verbrecher, sondern auch unfähig sind. Netanjahu ist ihre Geisel. Und das ist beängstigend.

Ich war fassungslos über die von der Hamas verübten Massaker. Ich war aber auch erstaunt über die Abwesenheit des Staates, von Benyamin Netanjahu und seinen rechtsextremen Verbündeten."

"Mediapart": Sind Barbarei und blinde Rache der neue Kompass, an dem sich beide Seiten in einem seit Jahrzehnten festgefahrenen Konflikt orientieren?

Warschawski: "Zunächst einmal lehne ich die Symmetrie zwischen den beiden Seiten ab. Es gibt einen Besatzer und einen Besetzten. Auch wenn die besetzte Seite unerträgliche Methoden anwendet, die verurteilt werden müssen. Wir dürfen nie vergessen, dass Israel der Besatzer ist und den Schlüssel zur Lösung in der Hand hält. Die Palästinenser sind bis zum Äußersten getrieben worden - von der Verzweiflung, aber auch von einem Gefühl der Würde: 'Wenn wir schon sterben müssen, dann lasst uns im Kampf für unser Land sterben'.

Ich war und bin immer noch bestürzt über die von der Hamas begangenen Massaker. Wir alle tragen etwas Beklemmendes in uns, etwas, das auf uns lastet. Meine Tochter und ihre Freundinnen begannen am 7. Oktober zu weinen, und wir Männer ein paar Tage später. Was mich am meisten beeindruckt hat, war natürlich die Gewalt, obwohl ich verstehen kann, woher sie kommt: von einer politischen Führung und einer Bevölkerung, die in Gaza in einem Druckkessel lebt, der früher oder später explodiert.

Aber ich war auch erstaunt über die Abwesenheit des Staates, von Benyamin Netanyahu und seinen rechtsextremen Verbündeten. Es war die Zivilgesellschaft, die die Dinge selbst in die Hand genommen hat. Auch heute noch werden zum Beispiel die Flüchtlinge aus den jüdischen Städten rund um den Gazastreifen von Vereinen und Bürgerinitiativen aufgenommen und nicht vom Staat. So sehr, dass Netanjahu zum ersten Mal gesagt hat: *"Wenn der Krieg vorbei ist, werden wir Bilanz ziehen müssen"*. Der Staat hat sich dieser Aufgabe nicht gestellt."

"Mediapart": Sie sagen, dass "Israel den Schlüssel zur Lösung in der Hand hält". Wie sieht diese Lösung aus?

Warschawski: "Rückzug aus den Besetzten Gebieten. Und keine weitere *Nakba* zu verursachen [*Katastrophe* auf Arabisch, bezogen auf die Flucht oder Vertreibung von fast 760.000 palästinensischen Männern und Frauen während des ersten arabisch-israelischen Krieges, der mit der Gründung des Staates Israel 1948 zusammenfiel - Anm. d. Red.]. Ein Minister der israelischen Regierung sagte, wir

müssten das Werk von 1948 vollenden. Unsere Regierung ist von der Idee besessen, dass wir zu viele Palästinenser auf unserem Territorium behalten haben, und möchte eine Gelegenheit schaffen, Israel zu säubern und es in einen bevölkerungsmäßig jüdischen Staat zu verwandeln, d. h. in einen Staat, der ganz oder fast ganz aus Juden besteht.

Das liegt auf einer Linie mit dem vor zwei Jahren verabschiedeten Grundgesetz: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes, was in völligem Widerspruch zu den Verpflichtungen steht, die der junge Staat Israel im Hinblick auf seine Aufnahme in die Vereinten Nationen 1949 eingegangen ist. Es geht nicht nur darum, die nationalen Rechte der Palästinenser nicht mehr anzuerkennen, sondern auch darum, sie so schnell wie möglich loszuwerden. Das ist erschreckend.

Man kann nicht zwei Millionen Menschen in einen Druckkochtopf in Gaza stecken und nicht erkennen, dass dieser früher oder später explodieren wird."

"Mediapart": Der israelisch-palästinensische Konflikt ist auf blutigste Art und Weise in den Vordergrund der geopolitischen Szene zurückgekehrt. Ist diese beispiellose mörderische Gewalt auch die Folge der Beseitigung der palästinensischen Frage, die viele diplomatische Kreise, sowohl im Westen als auch in den arabischen Ländern, insbesondere mit den Abraham-Abkommen begraben wollten?

Warschawski: "Ja, der israelisch-palästinensische Konflikt ist in der Realität immer noch sehr präsent. Aber einige der Machthaber in Israel glaubten, wir könnten die palästinensische Frage völlig ignorieren und die Beziehungen zu den arabischen Ländern normalisieren, so als ob nichts geschehen wäre. Das war ein großer Irrtum.

Israel will alles haben, aber nichts geben. Das heißt einerseits die Beziehungen normalisieren, andererseits aber nichts an seiner Politik ändern. Ich habe im Fernsehen die Bilder der großen Demonstrationen gesehen, die in arabischen Ländern wie Marokko stattgefunden haben. Die arabischen Regime können die Tatsache nicht ignorieren, dass es eine öffentliche Meinung gibt, die entschiedenem Anteil am Leiden der Palästinenser nimmt.

Was am 7. Oktober geschah, musste früher oder später passieren. Wir treffen uns zweimal pro Woche in einem kleinen Café mit Freunden, die eher links als rechts, aber nicht unbedingt linksradikal sind und eher älter. Sie sind nicht auf Rache aus. Normalerweise sind das vernünftige Leute, aber dieses Mal mussten wir ihnen erklären, wie unvermeidlich diese Gewalt war."

"Mediapart": Warum war diese Gewalt unvermeidlich?

Warschawski: "Weil es das Prinzip des Schnellkochtopfes ist, der explodieren muss! Man kann nicht zwei Millionen Menschen in einen Druckkochtopf wie Gaza stecken

und nicht erkennen, dass er früher oder später explodieren wird. Zwei Millionen Menschen sind seit über einem Jahrzehnt in einem kleinen Gebiet eingesperrt und einer totalen Blockade unterworfen.

Diese zwei Millionen Menschen haben Rechte, angefangen bei dem Recht zu existieren und zu atmen. Als Vergeltung unterwirft Israel sie einer totalen Belagerung und schneidet ihnen Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Strom, Internet und Telekommunikation ab. Diese Reaktion ist inakzeptabel.

Ich sehe im Westen (insbesondere in Frankreich) bedauernde Debatten, die dem extremen Ernst der Lage nicht gewachsen sind. Anstatt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um einen sofortigen Waffenstillstand durchzusetzen, ziehen es viele politische Führer vor, Israel die Treue zu schwören. Vor den Augen der ganzen Welt machen sie sich damit mitschuldig an einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

"Mediapart": Kann die israelische Linke nach dem 7. Oktober noch mit den Israelis über die palästinensische Realität sprechen, oder stirbt sie gerade?

Warschawski: "Es ist schon seit einiger Zeit schlecht um sie bestellt und es wird nicht besser werden. Die Stärke der israelischen Linken war, dass sie jüdisch-arabisch war. Und die Tatsache, dass sie jüdisch-arabisch war, verlieh ihr auch eine zahlenmäßige Stärke. Die israelischen Juden waren in der Minderheit. Aber ab dem Jahr 2000 erlitt die jüdisch-arabische Front einen schweren Schlag, der das zahlenmäßige Gewicht der Demonstrationen gegen Krieg und Besatzung reduzierte. Heute bezahlen wir für die Folgen."

"Mediapart": Haben Sie noch etwas Hoffnung?

Warschawski: "Mein Großvater, der den gesunden Menschenverstand eines polnischen Juden besaß, der ohne große Bildung nach Frankreich ausgewandert war, pflegte uns zu sagen: *"Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, also können wir genauso gut auf das Beste setzen und nicht auf das Schlimmste."* Das ist auch mein Charakter. Ich weiß, dass es Möglichkeiten gibt. Es ist nur eine Frage des politischen Willens und des internationalen Drucks. Andererseits ist es nicht ausgeschlossen, dass diese Abfolge von mörderischen Dummheiten den Sturz Netanjahus herbeiführen könnte, was mich persönlich und viele Israelis freuen würde.

Die israelische öffentliche Meinung ist sehr unbeständig. Heute kann sie hyper-aggressiv sein und sich sehr schnell auf das stürzen, was eine Lösung zu sein scheint. Tel Aviv blickt hauptsächlich nach Europa, in den Westen. Und dann ist da noch der Rest von Israel. Der sieht ein bisschen aus wie Ihre Städte und Vorstädte ((in Frankreich)). Diese Bevölkerungsgruppen wählen im Allgemeinen rechts - im Gegensatz zu Tel Aviv, das viel linker ist, genauer gesagt mitte-links.

Und diese Spaltung wird sich meiner Meinung nach noch verstärken. Es gibt zwei verschiedene Israels. Andererseits werden unsere Vororte seit Jahrzehnten als "zweites Israel" bezeichnet, insbesondere die armen Städte an der Grenze zum Gazastreifen."

(Übersetzung aus dem Französischen ins Italienische von: AssoPacePalestina)

(Übersetzung aus dem Italienischen ins Deutsche + Einfügung in doppelten Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover)

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Hier im Anhang nun der zweite Teil der Einschätzungen israelischer Linker zu den Geschehnissen seit dem 7. Oktober 2023, ihren Ursachen und Perspektiven.

Das dritte Interview wurde mit dem 1964 in Haifa geborenen und seit 1985 überwiegend in Frankreich lebenden Filmemacher, Professor, Publizisten und Aktivist Eyal Sivan und das vierte Gespräch mit dem 1949 in Haifa geborenen emeritierten Professor für Geschichte + Philosophie und Soziologen Moshe Zuckermann geführt. Diese Interviews erschienen in der linken italienischen Tageszeitung "il manifesto" vom 7. bzw. 8. November 2023.

Weitere Infos zu den Personen findet Ihr hier:

Eyal Sivan – Wikipedia[https://de.wikipedia.org/wiki/Eyal_Sivan] (deutsche Version)

Eyal Sivan - Wikipedia[https://en.wikipedia.org/wiki/Eyal_Sivan] (englische version!)

Moshe Zuckermann – Wikipedia[https://de.wikipedia.org/wiki/Moshe_Zuckermann]

Wir stellen diese insgesamt vier Interviews in deutscher Übersetzung zur Verfügung, weil sie viele interessante, klare und für die aktuelle Debatte wertvolle Einschätzungen enthalten. Sie liefern eine kompetente und schonungslose Analyse der aktuellen Ereignisse, die über die herrschenden Verhältnisse aufklärt und der hierzulande staatlicherseits vorgeschriebenen und durchgesetzten bürgerlichen Parteinahme für Israel und die mörderische Politik seiner rechtsextremen Netanjahu-Gantz-Regierung diametral widerspricht.

Dabei sind die vier interviewten Kolleginnen und Kollegen naturgemäß nicht in allen Punkten derselben Meinung. Das wird schon an der Tatsache deutlich, dass sich drei von ihnen als „Antizionisten“ verstehen, Moshe Zuckermann hingegen etwas unausgegoren nur als „Nicht-Zionist“. Doch gerade der Blick aus verschiedenen Ecken der israelischen Linken auf das Thema macht ihre Aussagen unseres Erachtens umso wertvoller.

Mit solidarischen Grüßen,

„il manifesto“ 7 Novembre 2023

„Wenn Israel ein Modell ist, macht mir die Demokratie Angst.“

Der inhärente Rassismus des Westens und die Parteilichkeit der innenpolitischen Proteste

Cristina Piccino

Der Regisseur, Produzent, Essayist und Filmdozent **Eyal Sivan** hat einen Film nach dem anderen gedreht, in dem er Israel von "innen" aus einer leidenschaftlichen Befragung der Erinnerung und einem Blick, der in ständigem Dialog mit der Gegenwart und der Realität der Welt steht, erzählt. Vom israelisch-palästinensischen Konflikt bis hin zum Holocaust ("*A Specialist*", der Eichmann-Prozess wird unter der Anleitung von Hannah Arendt nachgezeichnet) führt jeder Schritt zu einer Neugründung des Imaginären zu den behandelten Themen. Vielleicht ist dies auch der Grund dafür, dass seine Werke oft umstritten sind oder im Mittelpunkt von Polemiken stehen, wie z. B. "*Route 181*" (2004), das er zusammen mit dem palästinensischen Regisseur Michel Khleifi drehte, ein Roadmovie entlang der Grenzlinie der UN-Resolution von 1947 (die nie umgesetzt wurde), die einen möglichen binationalen Staat festlegte.

Der in Haifa geborene Sivan, der schon in jungen Jahren gegen die Besatzung kämpfte und erst Fotograf und dann Filmemacher wurde, verweigerte den Militärdienst und zog '85 nach Paris. Wir sprechen mit ihm am Telefon von Marseille aus, wo er heute lebt.

In einem Ihrer ersten Filme, "*Izkor – Sklaven der Erinnerung*" (1991), haben Sie analysiert, wie Israel in seiner Erzählung die Geschichte benutzt, um Entscheidungen in der Gegenwart zu rechtfertigen. Seit dem 7. Oktober, dem Tag des Hamas-Terroranschlags, benutzt die israelische Regierung ständig den Vergleich zwischen Nazismus und Hamas.

„*Izkor*“, den Sie erwähnt haben, ist ein Film von vor über dreißig Jahren. Das Schlimmste daran ist, dass er nichts Neues enthält, manchmal habe ich den Eindruck, dass alles schon gesagt wurde. Die Geste des israelischen Botschafters, sich bei der UNO mit dem Davidstern auf der Brust zu präsentieren, bestätigt diese Überzeugung. Man will vergessen, dass das, was am 7. Oktober geschah, nicht in



jenem Moment begann. Und die Dialektik der Shoah zu verwenden, um sie einzuordnen, ist eine Schändung der Erinnerung an die Shoah selbst, die auf den Terrorismus reduziert und ruiniert wird. Ich empfinde das als eine Beleidigung für mich als Mensch, als Jude, für meine Familiengeschichte. Die Verwendung der Shoah zur Rechtfertigung einer Tat verweist auf die in unserer Gesellschaft fest verankerte Opferideologie, nach der man sich als ‚Opfer‘ in der Position der ‚absoluten Unschuld‘ befindet – die es an sich nicht gibt. Aber das macht nichts: Wir als Opfer der Shoah können uns alles erlauben, sogar die Bombardierung eines Flüchtlingslagers, von Krankenhäusern und Schulen. Die ‚absolute Unschuld‘, die wir genießen, spricht uns frei. Eine solche Sichtweise ist eine Schändung der Erinnerung und eine Form des Revisionismus. Wenn die Hamas Nazis sind, wird dann der Holocaust, wird der Nazismus zu einem Terrorakt? Was ist mit den Millionen, die durch Hitlers Ideologie ausgelöscht wurden?

Europa akzeptiert diese Rhetorik über den Nationalsozialismus, weil sie eine gute Möglichkeit ist, sich seiner Verantwortung zu entziehen: Den Holocaust als Terrorismus zu betrachten, heißt, dass es doch nicht so schlimm war, alle europäischen Juden zu töten. Und die historische Einzigartigkeit der Shoah geht verloren. Es gibt noch einen weiteren Punkt: Mit den Nazis konnte man keinen Friedensvertrag anstreben, richtig? Man konnte auch nicht verhandeln oder einen Gefangenenaustausch versuchen. Mit diesem Vergleich wird jede Möglichkeit der Vermittlung zunichte gemacht. Aber die Israelis sind dazu ‚verdammte‘, mit den Palästinensern zu leben, selbst wenn sie mit diesem Massenmord weitermachen – mit einer erschreckenden Zahl von getöteten Palästinensern, die immer näher an die Idee eines Völkermords herankommt. Israel, das die Palästinenser immer wieder anprangert, befindet sich also in der Position, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Es ist eine wahrhaft selbstmörderische Politik für alle Israelis.“

Viele europäische Länder, darunter Deutschland und Frankreich, haben Demonstrationen der Solidarität mit Palästina verboten, während Kritik an der israelischen Politik als Antisemitismus gebrandmarkt wird. Gleichzeitig mehren sich die antisemitischen Gesten.

„Die rechtsgerichteten, liberal-konservativen Regierungen Europas spielen mit dem Feuer: Es besteht die reale Gefahr, diesen Konflikt nach Europa zu importieren, das bereits durch eine repressive Politik gegen die Einwanderung und durch Islamophobie gekennzeichnet ist. Und die Haltung, die gegenüber diesem Konflikt zum Ausdruck kommt, scheint die internen Probleme der europäischen Länder beiseiteschieben zu wollen. Jede Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch zu bezeichnen, verweist wiederum auf den – höchst ambivalenten – ‚Ausnahmezustand‘, von dem Israel profitiert. Von der Bombardierung des Gazastreifens im Jahr 2007 bis hin zu den Siedlerangriffen, die viele Todesopfer

gefordert haben. Die ganze Welt hat es zugelassen, dass dies gegen das Völkerrecht geschieht. Israel genießt die Macht, grenzenlos zu handeln, eben wegen dieses ‚Ausnahmezustands‘: Was für andere gilt, gibt es für sie nicht. Diese Politik der europäischen Regierungen war für Israel jedoch kontraproduktiv: Die Möglichkeit, seine Verbrechen fortzusetzen, die lange vor dem 7. Oktober 2023 begangen wurden, hat Juden und Israelis in immer größere Gefahr gebracht.“

In den offiziellen israelischen Regierungsdokumenten, die letzte Woche veröffentlicht wurden, gibt es Pläne, die Bewohner von Gaza in die ägyptische Wüste Sinai zu vertreiben. Halten Sie das für möglich? Es heißt, dass "sie von ihren arabischen und muslimischen Brüdern unterstützt werden". Aber wir wissen, dass diese Geschichte der Solidarität mit den Palästinensern in der arabischen Welt ziemlich heuchlerisch ist.

„Jenes Dokument wurde am 3. Oktober 2023 verfasst und spiegelt die israelische Politik seit 1948 wider, die sich in einem Maximum an Land und einem Minimum an arabischer Bevölkerung zusammenfassen lässt. Der Unterschied besteht heute darin, dass mit dem Eintritt der radikalsten Rechtsextremen in die Regierung diese endlich - wie sie sagen - die Arbeit beenden können, die '48 nicht erledigt wurde. Es ist der große Traum oder die Illusion, die Palästinenser aus dem kollektiven Bewusstsein zu verdrängen - etwas, das im Übrigen bereits im Gange ist, seit der Gazastreifen zu einem Freiluftgefängnis wurde, seit die Mauern errichtet wurden, die Millionen von Palästinensern aus dem gemeinsamen Raum in der israelischen wie in der europäischen Wahrnehmung ausschlossen. Was die arabischen Länder betrifft, so sind ihre diktatorischen Regime trotz dem, was behauptet wird, Freunde des Westens: Dies gilt für Ägypten mit seinen sechzigtausend politischen Gefangenen oder für die Golfstaaten.

Die arabischen Bevölkerungen sind in den Händen dieser Diktaturen, aber die westlichen Länder kümmern sich nur um die Sicherung ihrer Profite. Ich erwarte nichts von den arabischen Ländern. Al-Sisi verhandelt so, wie es ihm passt, in Form von Geld, Waffen, Schuldenerlass. Und wenn sie ein günstiges Abkommen finden, wird er die Palästinenser in der Wüste akzeptieren. Es gibt keine arabische Politik der Solidarität. Es handelt sich um einzelne Staaten und um wirtschaftliche Interessen. Dasselbe gilt für die Türkei: Sie nahm syrische Flüchtlinge gegen Geld auf, indem sie den Europäern versprach, sie "zu behalten", damit sie freie Hand bei der Unterdrückung der Kurden hat. Das ist mehr als Solidarität, ich würde es eine allgemeine kommerzielle Haltung nennen. Dieser israelische Plan bestätigt, dass der aktuelle Konflikt weder ethnisch noch blutig ist, sondern politisch, und so sollte er auch gesehen und behandelt werden.“

Vor dem Beginn des Krieges in Israel schien es eine Oppositionsbewegung gegen die Regierung zu geben.

„Ich würde das Wort *"Krieg"* nicht verwenden. Er mag auf israelischer Seite stattfinden, aber die Palästinenser haben keine Armee: Krieg ist für mich ein Zusammenstoß zwischen gleichwertigen Kräften. Es handelt sich um eine Militäroperation und eine Aggression gegen die Zivilbevölkerung. Auch der Hamas-Angriff vom 7. Oktober ist kein Krieg, sondern Terrorismus. Vor diesem Tag lebte Israel wie ein Picknick auf einem Vulkan. Mit dem unter Israelis weit verbreiteten Glauben, dass es ihnen gut geht, dass sie sich sicher genug fühlen, um eine Party an der Grenze zum Gazastreifen zu veranstalten, ohne an die möglichen Risiken zu denken.

Der innenpolitische Protest richtete sich nie gegen die Besatzung oder den Kriegszustand, kritisierte nie die zweihundert Toten im Westjordanland in diesem Jahr oder die Pogrome der Siedler. Sie richteten sich gegen die Korruption, die Justizreform – Dinge, die sehr wichtig sind, aber nicht den Kern des Problems ausmachen. Die Menschen sagten, dass sie den Militärdienst verweigern wollten, doch sobald etwas passierte, gab es eine fast stammesmäßige Reaktion, und 90 % der Israelis forderten, hinzugehen und zu kämpfen, was zeigt, dass sie ihre Augen und Ohren genauso verschlossen haben wie die Regierung. Das heißt, dass sie nicht verstehen wollen, dass ein kolonialer Besatzungszustand kein normales Leben zulässt, dass die ständige Unterdrückung der leidenden Menschen keine Hoffnung gibt. Letztendlich war dieser Protest – an den ich nie geglaubt habe – eher ästhetisch als strukturell: Sie kämpften für die Demokratie, aber für die Juden und nicht etwa für alle, damit sie weiterhin ihre Privilegien genießen können und nicht dem ausgesetzt sind, was in den ((Palästinenser-))Gebieten bereits Realität ist.“

Was das anbelangt: Einer der häufigsten Einwände gegen die Kritik an der israelischen Politik lautet, Israel sei eine Demokratie.

„Es gibt viel zu diskutieren über die Bedeutung der heutigen Demokratie. Auf diese Feststellung kann man antworten, dass Südafrika auch eine Demokratie war, aber nur für Weiße. In all dem steckt ein sehr starkes rassistisches Element. Das hat die weltweite Mobilisierung für die Ukrainer angesichts des ohrenbetäubenden Schweigens gegenüber den Syrern und so vielen anderen Massakern in unserer Welt bewiesen. Ist die Demokratie heute also nur noch eine Angelegenheit der Weißen, der Westler, und hat sie ihre Bedeutung der Gleichheit völlig eingebüßt?

Das Gleiche gilt für Israel: Die Demokratie ist den Juden vorbehalten, und die Hälfte der israelischen Bevölkerung (die arabischen Israelis) kennen sie nicht, haben kein Wahlrecht, keine Bürgerrechte, werden ständig diskriminiert. Wenn dies ein Modell

der Demokratie für den Westen ist, dann macht mir das höllische Angst. Es bedeutet, dass die Idee einer neuen europäischen Demokratie auf Rassismus, auf Ungleichheiten, auf einem Ausnahmezustand beruht, der es erlaubt, Menschen ohne Gerichtsverfahren in Haft zu halten oder nachts ohne Grund in Wohnungen einzudringen.“

(Übersetzung aus dem Italienischen + Einfügung in doppelten Klammern:
Gewerkschaftsforum Hannover)

„*il manifesto*“ 8. November 2023

"Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet"

INTERVIEW. Der Soziologe Moshe Zuckermann spricht. *"Der 7. Oktober war ein Pogrom. Im größten Gefängnis der Welt kann sich die Demokratie nicht entwickeln."*

Sveva Haertter

Moshe Zuckermann ist ein israelisch-deutscher Soziologe und emeritierter Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Er ist Autor von Büchern über den Nahostkonflikt, darunter *"Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt"* (The Fate of Israel. How Zionism Pursues its Decline). Er gehört zu der Gruppe von Wissenschaftlern aus den Bereichen Geschichte des Holocaust, Judaistik und Nahost-Studien, die im Jahr 2021 die "Jerusalem Erklärung" verfassten.

Für die Israelis stellt der 7. Oktober eine Zäsur dar. Wie tief ist sie?

„Sehr tief. Ich glaube nicht, dass ich übertreibe, wenn ich sage, dass sich die Israelis aufgrund des völligen Versagens der Armee und der Geheimdienste nicht nur vom Staat im Stich gelassen fühlen, sondern auch das Gefühl haben, dass der israelische Mythos der Sicherheit untergraben wurde. Es war nicht einmal wie im Jom-Kippur-Krieg von 1973: Damals starben Soldaten, nicht Zivilisten. Diesmal waren ganze Ortschaften völlig sich selbst überlassen und einem Angriff ausgesetzt, der nie zuvor, weder von der Hamas noch von einer anderen israelfeindlichen Gruppierung, verübt

wurde. Gegenwärtig herrscht Krieg, und es wurden keine Maßnahmen ergriffen, um die Regierung zu stürzen oder eine Untersuchungskommission einzusetzen, die das Militär und die Dienste zur Rechenschaft ziehen würde. Aber es ist ganz klar, dass Netanjahu für die Menschen am Ende ist, und genauso der Likud. Früher oder später wird es einen Regierungswechsel geben, aber das Problem ist, dass man sich wieder im Krieg befindet, und ich muss Ihnen nicht sagen, wie die Lage im Gazastreifen ist. Dort geschehen schreckliche Dinge. Aber der wirkliche Zusammenbruch in der israelischen Bevölkerung ist der Verlust des Vertrauens in die Regierung und die Armee.“

Glauben Sie, dass dies die Ursache dafür ist, dass die Regierung darauf besteht, die Hamas zu zerstören? Versucht sie, ihr politisches Überleben wieder zu sichern?

„Auf jeden Fall. Sie will es garantieren und Netanjahu wird es mit allen Mitteln erreichen. Er ist einer der gerissensten und perfidesten Politiker, die wir je hatten. Jede Manipulation, zu der er fähig ist, wird er durchführen. Netanjahu wird schon seit einem Jahr von der Bevölkerung kritisiert, weil klar ist, dass er das Interesse des Staates seinem Privatinteresse unterordnet. Und sein privates Interesse besteht im Moment darin, das Gerichtsverfahren, das gegen ihn läuft, zu blockieren und einem Urteil zu entgehen. Zu diesem Zweck hat er nicht mehr und nicht weniger versucht, als die Gewaltenteilung in Israel aufzuheben. Er hat versucht, die Justiz aus dem Verkehr zu ziehen und hat das, was im Grunde ein Staatsstreich war, als Justizreform dargestellt. Hinzu kam das große Scheitern. Nicht nur am 7. Oktober, sondern auch in den Wochen danach und bis zum heutigen Tag funktionieren Ministerien und Institutionen der Regierung nicht. Es ist die Zivilgesellschaft, die es übernimmt, die Dinge wieder auf die Beine zu stellen. Die Regierung ist völlig gelähmt und Netanjahu versucht, seine Haut zu retten.“

Von außen betrachtet, scheint die israelische Gesellschaft derzeit sehr geschlossen zu sein.

„Sie ist geschlossen, aber das ändert nichts an der Beziehung zur Regierung. Der Krieg hat eine konsolidierende Wirkung. Die internen Spannungen und Gegensätze heben sich etwas auf, aber das Vertrauen in die Regierung ist so sehr erodiert, dass ich keine Chance sehe, dass Netanjahu überleben kann. Die Frage ist, wie lange er diesen Krieg weiterführen kann. Denn ich glaube nicht, dass die internationale Gemeinschaft das zulassen wird. Die Armee spricht von mindestens drei Monaten für die erste Phase und weiteren neun Monaten für die nächste Phase, d.h. ein Jahr Krieg. Wenn er so lange dauert, wird es früher oder später zu Unruhen in der

israelischen Gesellschaft kommen. In einem Punkt ist man sich einig: Die Hamas muss vernichtet werden. Darin sind sich alle einig, und es gibt auch Unterstützung von europäischen Ländern und den Amerikanern.“

Können Zweifel und Risse in der derzeitigen mehr oder weniger bedingungslosen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für Israel konkrete Folgen haben?

„Je länger sich der Krieg in Gaza hinzieht, desto mehr werden wir die Folgen der Bombardierungen und des Eingreifens der Bodentruppen sehen. Sehr viele Zivilisten, so viele Frauen, so viele Kinder sterben. In Israel sieht man das weniger, aber überall auf der Welt sehen wir die Bilder von Kindern, die von Bomben zerrissen werden. Es waren nicht nur Kinder, die am 7. Oktober in Stücke gerissen wurden, sie werden auch jetzt noch in Stücke gerissen. Je länger das so weitergeht, je mehr die Auswirkungen dessen, was euphemistisch "Kollateralschäden" genannt wird, zunehmen, desto mehr Risse wird es in der Solidarität mit Israel geben. Früher oder später werden sogar die Amerikaner sagen: "Jetzt lasst uns einen Waffenstillstand anstreben". Und wenn es zu einem Waffenstillstand kommt und die Kriegsziele, die sich Israel selbst gesetzt hat, nicht erreicht werden, wird man sagen, dass die Regierung wieder einmal versagt hat.“

Was denken Sie über die antisemitischen Vorfälle in der Welt und welche Reaktionen gibt es in Israel? Kann der 7. Oktober die Vorstellung, Israel sei ein sicherer Ort für Juden, in Frage stellen?

„Ich denke, dass Israel das Konzept des Antisemitismus ausnutzt, aber ich denke auch, dass es mit der fehlenden Unterscheidung zwischen Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel zusammenhängt. Es ist möglich, dass es bei der Kritik an Israel auch Elemente von Antisemitismus gibt, aber ich glaube, der Hauptgrund liegt vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg und der Reaktion Israels. Es muss unterschieden werden zwischen Antisemitismus, bei dem man kategorisch gegen Juden ist, und dem so genannten Antisemitismus, der sich auf Israel bezieht. Was hat der Jude in New York oder der Jude in Frankreich oder Italien mit dem zu tun, was Israel tut? Israel hat im Übrigen nichts gegen Antisemitismus. Das sage ich schon seit Jahren. Wenn es im Ausland Antisemitismus gibt, ist das besser für Israel, weil es sagen kann: "Wir sind der sicherste Ort". Vor einigen Tagen sagte ein ehemaliger General während einer öffentlichen Initiative: "Ich kenne Tausende von Israelis, die denken, dass Israel nicht mehr der sicherste Ort für Juden ist", und das sage ich schon seit Jahren. Der gefährlichste Ort für Juden ist Israel, denn solange der Konflikt im Mittleren Osten mit diesem Ausmaß an Gewalt

fortgesetzt wird, kann er potenziell zu einer Bedrohung für die gesamte Gemeinschaft in Israel werden.

Die umliegenden Staaten, Iran, Saudi-Arabien und die anderen, sind bis an die Zähne bewaffnet. Das Thema Antisemitismus wird instrumentalisiert: Es wird nicht die Frage gestellt, warum Israel so handelt, wie es handelt, oder warum man Israel kritisch gegenübersteht, oder warum man antisemitisch oder antizionistisch reagiert. Die Frage wird nicht gestellt, weil es einen Elefanten im Raum gibt, nämlich die Besatzung, die seit über fünfzig Jahren im Westjordanland und auf den Golanhöhen herrscht... und obwohl sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, ist dieser vollständig unter israelischer Kontrolle. Es gibt keinen Strom, keinen Treibstoff, wenn Israel will und dann gibt es im Gazastreifen nicht einmal Arbeit. Solange dies andauert, kann Israel nicht erwarten, in Ruhe gelassen zu werden. Die Palästinenser haben ein Recht auf Widerstand. Nicht so wie am 7. Oktober, aber sie haben ein Recht auf Widerstand. Sie sind ein von Israel tyrannisiertes Volk, das unter repressiver Besatzung gehalten wird. Sie haben jedes Recht, Widerstand zu leisten. Wenn man sieht, wie Israel den Gazastreifen dem Erdboden gleichmacht, kann man sich vorstellen, dass die nächste Generation von Palästinensern, die Israel zutiefst hassen wird, bereits heranwächst. Solange wir keine politische Lösung anstreben, werden sich Katastrophen wie die wiederholen, die wir nicht nur am 7. Oktober erlebt haben, sondern jetzt auch in Gaza erleben.“

Halten Sie eine Analyse für sinnvoll, in der das, was am 7. Oktober geschah, nur als Folge der Besatzung dargestellt wird? Wo liegt Ihrer Meinung nach die Grenze zwischen einer Widerstandshandlung, die auch nach internationalem Recht völlig legitim ist, und Terrorismus?

„Die Palästinenser haben prinzipiell das Recht, Widerstand zu leisten, weil sie unter Besatzung stehen. Dass es dann ausartet (es war ein Pogrom, kein Widerstand; es wurden keine militärischen Kräfte, sondern Zivilisten, Frauen, Kinder, Babys angegriffen), ist ein Exzess, der unter keinen Umständen akzeptiert werden kann. Diese Menschen haben auf barbarische Weise gehandelt. Tatsache ist jedoch, dass die Palästinenser keine Armee haben, sondern nur Kampfformationen, die dem Guerillakrieg oder dem Terrorismus nahestehen. Sie haben keine Luftwaffe, keine Panzerverbände. Aber im Vergleich zu dem, was wir im Westjordanland während der zweiten Intifada erlebt haben, ist das, was am 7. Oktober geschah, ein Ausnahmezustand. An diesem Tag haben tatsächlich Terroristen und nicht Freiheitskämpfer gehandelt. Sie konnten sich nicht zurückhalten, immer mehr zu töten: Es gibt Videos von einigen jungen Männern, die in Häuser eindrangen und zehn Zivilisten töteten und dann zu Hause anriefen, um mit ihrer Tat zu prahlen, indem sie ihrem Vater sagten: *"Gib mir deinen Segen für das, was ich getan habe"*.

Aber ich muss zwei Dinge hinzufügen: Erstens, dass Barbarei auch mit Luftangriffen begangen werden kann, Frauen und Kinder werden in Stücke gerissen; zweitens, dass die Hamas für mich nie eine Befreiungsbewegung war. Für mich sind fundamentalistische religiöse Bewegungen keine Befreiungsbewegungen. Ich bin Marxist und glaube, dass Religion keine Motivation für die Befreiung sein kann, wenn sie nicht mit Ideen der Emanzipation einhergeht. Da die Hamas religiös-fundamentalistisch ist, ist sie für mich nicht ein Jota besser als die religiösen Fundamentalisten, die wir hier haben. Die Siedler im Westjordanland sind auch nicht besser. Sie haben es nicht nötig, Kinder zu töten – obwohl das auch schon vorgekommen ist –, weil sie das Militär haben. Das Militär agiert eleganter, sie haben Kampfflugzeuge, mit denen sie bombardieren. Beobachten Sie, wie sich die Hamas gegenüber ihren eigenen Leuten verhält. Das ist schon ein Beweis dafür, was für eine Gesellschaft aus einer solchen Bewegung entstehen könnte. Aber das Problem ist: Wenn man im größten Gefängnis der Welt lebt, kann man keine große Demokratie oder eine große Zivilgesellschaft entwickeln.“

Ich habe den Eindruck, dass mit einigen Aufrufen zur Mobilisierung versucht wird, die Ereignisse vom 7. Oktober zu verharmlosen oder zu verdrängen.

„Die Tatsache, dass Israel derzeit barbarische Handlungen begeht, kann unter keinen Umständen dazu führen, dass man die barbarischen Handlungen vom 7. Oktober verharmlost. Es ist eine Barbarei geschehen, und jetzt gibt es eine Reaktion, die barbarisch ist.“

Die Barbarei nimmt auf beiden Seiten zu.

„Wenn man den Gründen für die Verrohung auf den Grund gehen will, muss man sich darüber im Klaren sein, dass der israelisch-palästinensische Konflikt kein religiöser oder ethnischer Konflikt ist, sondern ein Territorialkonflikt, der mindestens 75 Jahre zurückliegt, seit es den Staat Israel gibt, aber im Grunde genommen, seit die zionistische Bewegung in den Nahen Osten kam und begann, sich dort niederzulassen. Seit fünfzig Jahren ist ein Besatzungsregime etabliert, das die Möglichkeit der Lösung *„Zwei Völker, zwei Staaten“* zunichte gemacht hat. Es muss daher nach anderen politischen Lösungen gesucht werden. Solange ein politischer Ansatz fehlt, solange man den Konflikt nicht lösen, sondern – wie Netanjahu sagt – ‚*verwalten*‘ will, solange es diese Besatzung gibt, kann es nur zu einer Eskalation kommen.“

Sie bezeichnen sich als einen Antizionisten.

„Ich bezeichne mich nicht als Antizionist, ich bezeichne mich als Nicht-Zionist. Antizionist ist, wer der Meinung ist, dass der Zionismus nie das Licht der Welt hätte erblicken dürfen. Es gibt auch Juden, die so denken, vor allem die Ultra-Orthodoxen, die glauben, dass das Reich der Juden nicht das Licht der Welt erblicken kann, bis der Messias kommt. Es gab Zeiten, in denen sie am Unabhängigkeitstag schwarze Vorhänge aufhängten, als ob sie trauern wollten. Andere Antizionisten waren auch bestimmte kommunistische Juden, die so genannten Bundisten. Ich war nie Antizionist in dem Sinne, dass ich gesagt hätte, der Zionismus hätte nie das Licht der Welt erblicken dürfen. Meine Eltern haben Auschwitz überlebt, nach der Shoah war die Gründung eines Staates für Juden für mich schon lange eine historische Notwendigkeit. Aber die Tatsache, dass dies auf dem Rücken der Palästinenser geschah, dass das von den Juden erlittene Unrecht durch einen Staat wiedergutmacht werden musste, der durch ein neues Unrecht gegründet und legitimiert wurde, hat mich zu der Frage veranlasst: ‚Was für ein Zionist bin ich?‘. Als ich sah, dass Israel gar keinen Frieden will, sondern nur daran interessiert ist, sinnlose Kriege zu schüren, Raum für jüdische Kolonien zu gewinnen, da wurde mir klar, dass ich mit diesem Zionismus nichts mehr zu tun habe.

Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass der Zionismus in eine solche Sackgasse geraten ist, dass er keine Überlebenschance hat. Israel ist immer faschistischer und rassistischer geworden, es ist zu einem Apartheidstaat geworden. Man kann darüber streiten, ob der ursprüngliche Zionismus eine koloniale Bewegung war oder nicht, aber für mich ist klar, dass das Israel, in das ich 1949 hineingeboren wurde, bereits die *Nakba*, die nationale Katastrophe für die Palästinenser, vollzogen hatte, aber es baute auch eine Zivilgesellschaft auf, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Juden im 20. Jahrhundert etwas ganz gravierendes erlitten hatten. Der Holocaust war eine Zäsur wie nie zuvor in der jüdischen Geschichte.“

Ist es möglich, den Niedergang aufzuhalten, von dem Sie in Ihrem Buch „Israels Schicksal“ sprechen?

„Ich meine den Niedergang nicht als metaphysisches oder mystisches Ereignis, sondern als etwas, das strukturell mit den historischen Handlungen des Zionismus verbunden ist. Der Zionismus wollte nach 1967 die besetzten Gebiete nicht zurückgeben. Alle israelischen Regierungen, auch die von Rabin, bauten Siedlungen. Und heute haben wir es mit 650.000 jüdischen Siedlern im Westjordanland zu tun. Das heißt, wenn man die Zwei-Staaten-Lösung heute noch umsetzen will, muss man dafür sorgen, dass sie dort weggehen. Wenn Sie die Zweistaatenlösung untergraben haben (das war das Lebenswerk von Ariel Sharon),

dann müssen Sie einer Tatsache ins Auge sehen: Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer ist jetzt eine binationale Struktur entstanden. Ich sage noch nicht Staat, ich sage Struktur. Denn Palästinenser und Juden sind etwa 50/50 in diesem Gebiet. Diese Struktur kann demokratisch ratifiziert werden, um einen Staat für alle Bürger zu schaffen. Aber wenn das nicht geschieht, dann haben wir uns offiziell in einem Apartheidstaat eingerichtet. Da die Juden mit ihrem Staat eine Minderheit dominieren, die bereits keine Minderheit mehr ist, befinden wir uns bereits in einer gleichberechtigten Teilung des Landes. Das ist die Sackgasse, in die sich der Zionismus selbst gebracht hat und für die er keine Lösung hat, weil er offiziell ein Apartheidstaat geworden ist. Deshalb sage ich, dass der Zionismus seinen eigenen Niedergang fortsetzt: Wenn er ein Apartheidstaat geworden ist, ist er in der Weltbevölkerung ein Paria geworden. Früher oder später wird sich die Situation Südafrikas wieder einstellen.“

Und glauben Sie, dass das auf der anderen Seite jemand will?

„Von den Palästinensern kann man nichts verlangen, denn sie stehen unter dem Stiefel der Israelis. Es gab einen Moment, den ich im Nachhinein als vermeintliche Utopie bezeichne, Mitte der 1990er Jahre, als Rabin und Arafat bereit waren, aufeinander zuzugehen. Arafat wäre diese Person gewesen. Und auch heute gibt es solche Menschen unter den Gefangenen, die Israel gefangen hält, zum Beispiel ((Marwan)) Barghouti. Aber im Moment ist es nicht machbar, weil Israel, besonders unter Netanjahu, die politische Lösung weggefegt hat. Niemand in Israel spricht heute über die Besatzung oder eine politische Lösung. Der Frieden scheint die größte Bedrohung zu sein. Die national-religiösen faschistischen Kräfte sind inzwischen so stark geworden, dass sie nicht mehr nur ein Anhängsel, sondern ein Faktor in der israelischen Politik sind. Denken Sie daran, wohin Bezalel Smotrich und Ben Gvir heute gekommen sind. Ben Gvir ist ein Kahanist, ein Nachfolger von Meir Kahane, dessen KACH-Partei in den 1980er Jahren vom israelischen Parlament verboten wurde. Heute ist Ben Gvir ((und seine Partei Otzma Yehudit / „Jüdische Stärke“)) nicht nur nicht verboten, sondern er ist auch Polizeiminister. Und der andere – Finanzminister Smotrich – ist nicht besser als er. Ein Thema ist, was die Palästinenser wollen. Doch die Palästinenser sind gezwungen, das zu wollen, was die Israelis ermöglichen. Und die Israelis machen derzeit nichts möglich.“

(Übersetzung aus dem Italienischen + Einfügung in doppelten Klammern:
Gewerkschaftsforum Hannover)

Siehe zum Hintergrund i LabourNet Germany das Dossier: [Nahostkonflikt Folge 2023: Israelische und palästinensische Zivilbevölkerung erneut Opfer fundamentalistischer Hamas und rechtsradikaler israelischer Regierung](#)